

DEUTSCHLAND - TECHNISCHE PLANUNGSLEISTUNGEN FÜR MASCHINEN- UND ELEKTROTECHNISCHE GEBÄUDEANLAGEN - ELT-PLANUNG TECHNISCHE AUSRÜSTUNG HOAI § 53 FF. ANLAGENGRUPPE 4, STADT OELSnitz/ERZGEB., TRANSFORMATION HALLE 18

234/2023

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

1. Beschaffer

1.1 Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadt Oelsnitz/Erzgeb.

Rechtsform des Erwerbers: Von einer lokalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1 Verfahren

Titel: ELT-Planung Technische Ausrüstung HOAI § 53 ff. Anlagengruppe 4, Stadt Oelsnitz/Erzgeb., Transformation Halle 18

Beschreibung: ELT-Planung Technische Ausrüstung HOAI § 53 ff. Anlagengruppe 4, Stadt Oelsnitz/Erzgeb., Transformation Halle 18

Kennung des Verfahrens: 018c2622-b235-4cb3-92a4-48fee22fc4da

Interne Kennung: OE-H18-5-ELT

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: No

2.1.1 Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71321000 Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen

2.1.2 Erfüllungsort

Postanschrift: Am Bergbaumuseum

Stadt: Stadt Oelsnitz/Erzgeb.

Postleitzahl: 09376

Land, Gliederung (NUTS): Erzgebirgskreis (DED42)

Land: Deutschland

2.1.3 Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 15,000 EUR

2.1.4 Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

Anzuwendende grenzübergreifende Rechtsvorschrift:

Beschreibung:

2.1.6 Ausschlussgründe

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: Siehe §123, 124 GWB

5. Los

5.1 Los: LOT-0001

Titel: ELT-Planung Technische Ausrüstung HOAI § 53 ff. Anlagengruppe 4, Stadt Oelsnitz/Erzgeb., Transformation Halle 18

Beschreibung: ELT-Planung Technische Ausrüstung gemäß HOAI 2021 § 53 ff. Anlagengruppe 4 i.V. m. Anlage 15, Lph. 1-9, für die Transformation der Halle 18 des Bergbaumuseums in Oelsnitz/Erzgeb.

Interne Kennung: LOT-0001

5.1.1 Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71321000 Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: In Abhängigkeit von der Finanzierung

5.1.2 Erfüllungsort

Postanschrift: Am Bergbaumuseum

Stadt: Stadt Oelsnitz/Erzgeb.

Postleitzahl: 09376

Land, Gliederung (NUTS): Erzgebirgskreis (DED42)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen:

5.1.3 Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 2024-02-06+01:00

Enddatum: 2025-06-30+02:00

5.1.4 Verlängerung

Der Erwerber behält sich das Recht vor, zusätzliche Käufe vom Auftragnehmer zu tätigen, wie hier beschrieben: Die Beauftragung erfolgt stufenweise. Zunächst erfolgt die Beauftragung der Stufe 1 mit den Leistungsphasen 1 bis 4 nach § 55 HOAI. Es besteht die Option der Beauftragung der Stufe 2 mit den Leistungsphasen 5 bis 9. Ein Rechtsanspruch auf die Übertragung aller Stufen und Leistungsphasen besteht nicht. Ebenso besteht kein Rechtsanspruch auf Weiterbeauftragung nach Erbringung erster Leistungsphasen.

5.1.5 Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 15,000 EUR

5.1.6 Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme: Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen

Zusätzliche Informationen: 1) Aufgabe ist die ELT-Planung Technische Ausrüstung HOAI § 53 ff. Anlagengruppe 4, für Gebäude und Außenanlagen, Leistungsphasen 1 bis 9 für die Transformation der Halle 18 des Bergbaumuseums in Oelsnitz/Erzgeb. Es liegt eine vom Oelsnitzer Stadtrat beschlossene Studie von 2023 vor, die die Grundlage der Aufgabenstellung bildet. Deren Ergebnisse in den sind Bekanntmachungsunterlagen enthalten. Die prognostizierten Bauwerkskosten KGR 300+400 liegen bei ca. 1,44 Mio EUR netto. Geplante Termine: Planungsbeginn 01/2024 (sofort nach Auftragsvergabe), Baubeginn 07/2024, Bauende 06/2025. Das Bergbaumuseum in Oelsnitz / Erzgeb. ist ein im ehemaligen Steinkohlenwerk „Karl Liebknecht“ der erzgebirgischen Stadt Oelsnitz ansässiges Montanmuseum und wird derzeit bis 2024 umfangreich saniert und partiell erweitert. Neben den in Museumshand befindlichen Gebäuden gehörten zum Schachtgelände im Hinterland weitere bauliche Anlagen, von denen die Stadt Oelsnitz/Erzgeb. in den vergangenen Jahren bereits einige neuen Nutzungen zuführen konnte. Ein bis dato noch nicht entwickeltes Gebäude stellt die Halle 18 dar, eine denkmalgeschützte dreischiffige Anlage, die sich leider aufgrund des langen Leerstands in einem stark geschädigten Zustand befindet, der keine adäquate Nachnutzung mehr zulässt. Mit der Denkmalpflege konnte ein gemeinsamer Kompromiss gefunden werden, die Hallenhülle zurückzubauen, die geschützte Stahlstruktur mit den verschiedenen Krananlagen jedoch zu sichern, zu restaurieren und wieder neu einzubauen. Gleichzeitig wurde die gedankliche Möglichkeit eröffnet, innerhalb dieser Struktur eine Hallenkonstruktion zu errichten, die mit der alten Kubatur spielt und in der für eine definierte Nutzungsperiode eine künstlerische Lichtinstallation mit dafür erforderlichen Einbauten eingefügt wird. Mit Ablauf der Nutzungsperiode soll die bauliche Anlage einer städtischen bzw. musealen Mehrzwecknutzung zugeführt werden. Die dafür notwendigen Voraussetzungen sind bei der Konzeption ebenso zu berücksichtigen wie die gleichzeitig hochwertig zu schaffenden Einbauten als beispielbare Fläche der Installation und dessen im Widerspruch dazu stehenden Temporärcharakters mit entsprechender rückstandsfreier Rückbaubarkeit. Voraussetzung aller zu erbringenden Planungsleistungen ist der sehr enge Zeitplan des Projekts - aufgrund förderrechtlicher und projektspezifischer Rahmenbedingungen ist eine Nutzungsaufnahme bis zum Frühsommer 2025 zu garantieren. Bedingt durch den engen Zeitrahmen wird als vorgezogene Maßnahme der Abbruch des Bestands, die Sicherung und Rekonstruktion der Stahlkonstruktion sowie deren Neuerrichtung am alten Standort parallel zum Verfahren erfolgen. Das zu findende Planerteam muss mit diesen dann bereits vorhandenen oder verbindlich geplanten Strukturen umgehen. 2) Sämtl. Vergabeunterlagen werden ausschließlich und kostenfrei zum Download bereitgestellt. Es sind die bereitgestellten Formulare zu verwenden, maßgeblich bleibt jedoch der Inhalt der EU-Bekanntmachung. 3) Es sind die vom Auftraggeber bereitgestellten Formulare zu verwenden. Die Ausschreibungsunterlagen sind auf den eigenen Rechner herunterzuladen, dort lokal auszufüllen und zu speichern. Bewerbungen können mittels elektronischer Mittel in Textform eingereicht werden. Die ausgefüllten und lokal gespeicherten Unterlagen sind als Teil der Bewerbung auf die Plattform hochzuladen. Eine gesonderte Unterschrift sowie eine fortgeschrittene oder qualifizierte Signatur sind für die Bewerbung nicht erforderlich. Nicht fristgerecht eingereichte bzw. schriftliche (in Papierform eingereichte) oder formlose Bewerbungen werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt. 4) Geforderte Nachweise sind grundsätzlich als Kopie zugelassen, sofern nicht ausdrücklich anders verlangt. Nicht deutschsprachige Nachweise müssen als beglaubigte Übersetzung in Deutsch vorgelegt werden (Mindestanforderung). 5) Mehrfachbewerbungen sind nicht zulässig. Mehrfachangebote sind auch Angebote unterschiedlicher Niederlassungen eines Büros. Mehrfachangebote von Mitgliedern einer Bewerbergemeinschaft bzw. unterschiedlicher Niederlassungen eines Büros u. von Nachauftragnehmern haben das Ausscheiden aller Mitglieder der

Bewerbergemeinschaft sowie aller Bewerber mit gleichen Nachauftragnehmern zur Folge (Ausschlusskriterium). 6) Bei Bewerbergemeinschaften ist der Bewerbungsbogen gemeinsam ausgefüllt und unterschrieben, sowie um die geforderten Nachweise ergänzt, den Unterlagen beizufügen. Die gestellten Anforderungen an die Fachkunde und Leistungsfähigkeit gelten als erfüllt, wenn die betreffenden Nachweise von einem oder mehreren Mitgliedsunternehmen erbracht werden und in ihrer Summe die gestellten Anforderungen erfüllen. Ausgenommen davon sind der zuführende Negativnachweis bezüglich der Ausschlussgründe gem. §§ 123, 124 GWB sowie der Nachweis zur Berufshaftpflichtversicherung. Diese Anforderungen sind von jedem Mitgliedsunternehmen einzeln zu erfüllen. 7) Ein Unternehmen, das in eigenem Namen am Vergabeverfahren teilnimmt, aber die Kapazitäten eines oder mehrerer anderer Unternehmen in Anspruch nimmt, muss seinen eigenen Bewerberbogen zusammen mit jeweils einem separaten Bewerberbogen für jedes einzelne der in Anspruch genommenen Unternehmen an den öffentlichen Auftraggeber als Teilnahmeantrag übermitteln. 8) Enthalten die Bekanntmachung od. die Vergabeunterlagen Unklarheiten, Widersprüche od. verstoßen diese nach Auffassung des Bewerbers gegen geltendes Recht, so hat der Bewerber den AG unverzüglich in Textform darauf hinzuweisen. Erfolgt dies nicht, ist der Bewerber mit diesen Einwendungen präkludiert. 9) Mit Urteil vom 4. Juli 2019 hat der EuGH im Vertragsverletzungsverfahren um die HOAI abschließend entschieden, dass die in der HOAI festgelegten Mindest- und Höchstsätze europarechtswidrig sind. Sofern im gegenständlichen VgV auf die HOAI Bezug genommen wird, ergeht der Hinweis dass die Honorartafeln zur Preisorientierung dienen sollen. Es sind auch Angebote rechtlich zulässig, die außerhalb der bisherigen Mindest- und Höchstsatzregelungen liegen. 10) Der öffentliche Auftraggeber prüft die Zulassung zum Vergabeverfahren und die Eignung - siehe hierzu auch Blatt „Eignungsmatrix“. Nur bei Erfüllung der Zulassungs- und Eignungskriterien erfolgt die Angebotswertung. 11) Folgende Unterlagen sind nach Angebotsaufforderung Bestandteile der Angebotsabgabe: 11.1) Antragsbogen Seiten Nr. I bis IX (römischen Zahlen) unterzeichnet und ergänzt um die darin aufgeführten Dokumente, 11.2) Vertragsentwurf unterzeichnet, 11.3) Ausführungen zu den Zuschlagskriterien - siehe hierzu auch Blatt „Zuschlagsmatrix“. 12) Der Auftraggeber stellt mit den Vergabeunterlagen einen Vertragsentwurf zur Verfügung, dem die Einzelheiten und die Zahlungsbedingungen, etc., entnommen werden können. Die Bestimmungen dieses Vertragsentwurfes sind bindend, sofern einzelne Regelungen in dem Verhandlungsverfahren nicht abweichend von dem Vertragsentwurf vereinbart werden. Es ist den Bietern jedoch nicht gestattet, einseitig Änderungen an dem Vertragsentwurf vorzunehmen. Die in dem Vertragsentwurf noch offenen Punkte werden anhand des Angebots des Zuschlagsbieters und der Vertragsverhandlungsergebnisse vom Auftraggeber ergänzt. Angaben zum Honorarangebot sind ausschließlich im Honorarblatt, nicht im Vertragsentwurf, vorzunehmen.

5.1.7 Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

Konzept zur Verringerung der Umweltauswirkungen: Sonstiges

Gefördertes soziales Ziel: Sonstiges

5.1.8 Zugänglichkeitskriterien

Zugänglichkeitskriterien für Menschen mit Behinderungen wurden berücksichtigt

5.1.9 Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung: 1) Nachweis der beruflichen Befähigung: Teilnahmeberechtigt ist, wer nach den Gesetzen der Länder berechtigt ist, die Berufsbezeichnung „Ingenieur/Ingenieurin“ zu tragen oder in der Bundesrepublik Deutschland als solche tätig zu werden. Der Nachweis über Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung des Bewerbers ist durch Eintrag in einem Berufs- oder Handelsregister und/oder ggf. auf andere Weise zur Berufsqualifikation zu erbringen. Ist der Bewerber eine juristische Person, ist dieser nur teilnahmeberechtigt, wenn durch Erklärung des Bewerbers nachgewiesen wird, dass der verantwortliche Berufsangehörige die an die natürliche Person gestellten Anforderungen erfüllt. Bewerber oder verantwortliche Berufsangehörige juristischer Personen, die die entsprechende Berufsbezeichnung nach dem Recht eines anderen Mitgliedsstaates der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum tragen, erfüllen die fachlichen Voraussetzungen dann, a) wenn sie sich dauerhaft im Bundesgebiet d. BRD niedergelassen haben und berechtigt sind, die deutsche Berufsbezeichnung nach den einschlägigen deutschen Fachgesetzen aufgrund einer Gleichstellung mit nach der RL 2005/36/EG (geä. durch RL 2013/55/EU) zu tragen oder b) wenn sie vorübergehend im Bundesgebiet tätig sind und ihre Dienstleistungserbringung nach RL 2005/36/EG angezeigt haben. 2) Nachweis der Eintragung in ein Berufsregister: Angabe von Register, Zeitpunkt der Eintragung, Nummer und Vorlage Nachweis wie folgt: Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers u./o. der Mitarbeiter des Unternehmens, insbesondere der für die Dienstleistung verantwortlichen Person durch Nachweis der Berechtigung zur Führung der unter 1) genannten Berufsbezeichnung. 3) Nachweis der Eintragung in ein Handelsregister (bei Eintragungspflicht): Hierzu Angabe von Register, Zeitpunkt der Eintragung, Nr. und Vorlage HR-Auszug. 4) Angaben zur Identität Rechtsform des Unternehmens (Name, Anschrift, Kontaktdaten wie Tel.Nr., Fax Nr., E-Mail, usw.). 5) Erklärung, ob Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen und ob er selbst bzw. ein nach Satzung oder Gesetz für den Bewerber Vertretungsberechtigter in den letzten 2 Jahren: – gem. §21 Abs.1 S.1 o. 2 SchwarzArbG oder – gem. §21 Abs.1 AEntG oder – gem. §19 Abs.1 MiLoG mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2 500 EUR belegt worden ist. Ggf. Angaben zur Selbstreinigung (§125 GWB). 6) Neben Einzelunternehmen sind Bewerbungsgemeinschaften (BG) zugelassen. Zusätzlich siehe Nr. VI.3) Ziffer 6 der Bekanntmachung. Rechtsform von BG: gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter; Abgabe der Erklärung, dass Mitglieder der BG (ARGE) gesamtschuldnerisch haften, auch über die Auflösung der ARGE hinaus. Die BG muss einen bevollmächtigten Vertreter benennen. Der AG behält sich vor, ergänzende Unterlagen abzufordern, welche die Zulässigkeit der Kooperation in Form einer BG (§1 GWB) belegen. Sollte sich im Laufe des Verfahrens eine bestehende BG in ihrer Zusammensetzung verändern oder ein Einzel Bewerber das Verfahren in BG fortsetzen wollen, ist dies nur mit schriftlicher Einwilligung des AG zulässig. Diese wird nicht erteilt, wenn durch die Veränderung der Wettbewerb wesentlich beeinträchtigt wird oder die Veränderung Auswirkungen auf Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit hat.

Kriterium:

Art. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung: Folgende Eigenerklärungen/Nachweise sind mit dem Teilnahmeantrag einzureichen:

1) Erklärung zum Verpflichtungsgesetz: Erklärung, dass die am Auftrag beteiligten Mitarbeiter bereit sein werden, sich nach dem Verpflichtungsgesetz (VerpflG) verpflichten zu lassen. 2) Erklärung gemäß § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLoG): Hiermit erkläre(n) ich/wir, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Abs. 1 MiLoG nicht vorliegen und dass ich/wir nicht wegen eines Verstoßes gegen § 21 MiLoG mit einer Geldbuße von wenigstens EUR 2.500,00 belegt worden bin /sind. Ich/Wir habe(n) zur Kenntnis genommen, dass auch im Falle der vorstehenden Erklärung

öffentliche Auftraggeber jederzeit zusätzlich Auskünfte des Gewerbezentralregisters nach § 150a Gewerbeordnung in der aktuell gültigen Fassung anfordern können. 3) Rechtlich und wirtschaftliche Verknüpfungen: Erklärung, über das Bestehen von rechtlich und wirtschaftlichen Verknüpfungen zu anderen Unternehmen mit Angabe, ob wirtschaftliche Verknüpfungen vorliegen, unter Benennung der Unternehmen und Beschreibung zur Art und Weise der Verknüpfung. 4) Unabhängigkeit von Ausführungs- und Lieferinteressen: Erklärung, dass der Auftrag unabhängig von anderen Ausführungs- und Lieferinteressen ausgeführt wird. 5) Nachweis Berufshaftpflichtversicherung: Erklärung über das Vorliegen einer Berufshaftpflichtversicherung entsprechend den gestellten Anforderungen und Nachweis durch Vorlage einer schriftlichen Bestätigung einer in der EU zugelassenen Versicherung. Erforderlicher Umfang siehe unter „Möglicherweise geforderte Mindeststandards“. 6) Spezifischer Jahresumsatz: Erklärung über den Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrages der letzten 3 Geschäftsjahre (jahresweise). Sind die Informationen zum Umsatz nicht für den gesamten vorgegebenen Zeitraum erhältlich, geben Sie bitte an, an welchem Datum das Unternehmen gegründet wurde oder seine Tätigkeit aufgenommen hat. Erforderlicher Mindestjahresumsatz siehe geforderte Mindeststandards. Geforderte Mindeststandards: Ergänzend zu: 5) Nachweis Berufshaftpflichtversicherung: Es ist eine Berufshaftpflichtversicherung mit Deckungssummen für Personenschäden von 1.500.000 EUR für sonstige Schäden von 500.000 EUR bei einem, in einem Mitgliedstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmens vor Vertragsschluss abzuschließen und nachzuweisen. Die Berufshaftpflichtversicherung muss während der gesamten Vertragszeit unterhalten und nachgewiesen werden. Es ist zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der genannten Deckungssummen besteht. In jedem Fall ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung pro Versicherungsjahr mindestens das Zweifache der Deckungssumme beträgt. Die geforderte Sicherheit kann auch durch eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erfüllt werden, mit der dieses den Abschluss der geforderten Haftpflichtleistungen und Deckungsnachweise im Auftragsfall zusichert. Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckungen (also ohne Unterscheidung nach Sach- und Personenschäden) ist eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erforderlich, dass beide Schadenskategorien im Auftragsfall nebeneinander mit den geforderten Deckungssummen abgesichert sind.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung: 1) Geeignete Referenzen: Es sind geeignete Referenzen über vom Bewerber erbrachte Dienstleistungen einzureichen; zur Sicherstellung eines ausreichenden Wettbewerbs werden Referenzen berücksichtigt, die mehr als 3 Jahre zurück liegen (max. Zeitraum siehe unter Mindeststandards). Je Referenz ist dem Referenzbogen eine aussagekräftige Projektdarstellung, ggf. mit Fotos + Planverkleinerungen, welche die Arbeit des Büros im Hinblick auf die Aufgabenstellung am besten charakterisieren beizufügen, deren Umfang sollte 3 Blatt in DIN-A 4, einseitig bedruckt nicht überschreiten. An die Referenzen gestellte Mindestanforderungen siehe unter „Möglicherweise geforderte Mindeststandards“. 2) Eignungsleihe: Erklärung, ob das Unternehmen zur Erfüllung der Eignungskriterien der Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nimmt (Eignungsleihe gem. § 47 VgV); hierzu Angabe von Name und der in Anspruch genommenen Kapazität sowie Verpflichtungserklärung des anderen Unternehmens. Gemäß § 47 (3) VgV verlangt der Auftraggeber eine gemeinsame Haftung des Bewerbers. Des Weiteren verlangt der AG die Auftragsausführung des anderen Unternehmens für Leistungen entsprechend des Umfangs der Eignungsleihe. 3) Unterauftragsvergabe: Erklärung, ob das Unternehmen beabsichtigt einen Teil des Auftrags im Wege

der Unterauftragsvergabe an Dritte weiterzuvergeben (Unterauftragsvergabe § 36 VgV); hierzu Bezeichnung der betroffenen Leistung (Art, Umfang) und Name und Verpflichtungserklärung des anderen Unternehmens. Es ist eine Eigenerklärung des Unterauftragnehmers beizufügen, woraus hervorgeht, dass im Auftragsfall die technischen, personellen und finanziellen Mittel zur vertragsgerechten Erbringung der Leistung zur Verfügung stehen werden. Nachweise zur Eignung der Dritten müssen mit dem Angebot zum Einreichungstermin vorgelegt werden. Es sind Erklärungen beizufügen, dass keine Ausschlussgründe nach § 123 Abs. 1 bis 4 GWB sowie § 124 Abs. 1 GWB vorliegen und eine Eigenerklärung des Unterauftragnehmers, dass im Auftragsfall die technischen, personellen und finanziellen Mittel zur vertragsgerechten Erbringung der Leistung zur Verfügung stehen werden. Geforderte Mindeststandards: Ergänzend zu 1): Es sind Referenzen vorzustellen, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind. Zum Nachweis der Erfahrungen bei vergleichbaren Planungsleistungen werden Referenzen gefordert, welche folgende Anforderungen erfüllen müssen. Die nachfolgenden Referenzanforderungen müssen durch jedes Referenzobjekte erfüllt werden: 01) Beginn der Erbringung der Planungsleistungen: nach dem 01.01.2013 - Mindestanforderung. 02) Spätester Zeitpunkt der Objektfertigstellung: Zeitpunkt der Bewerbung - Mindestanforderung. 03) Fachgebiet für alle Referenzobjekte: ELT-Planung Technische Ausrüstung HOAI § 53 ff. Anlagengruppe 4 - Mindestanforderung. ___ Die nachfolgenden Referenzanforderungen können durch verschiedene Referenzobjekte erfüllt werden, jede einzelne Referenzanforderung muss jeweils innerhalb eines Objektes erbracht sein: 04) Planung an Gebäuden der Nutzungsart gem. Bauwerkszuordnungskatalog: 4600 Ausstellungsgebäude oder 4700 Veranstaltungsgebäude. 1 Referenz - Mindestanforderung. 05) Planung an Gebäuden mit Auftraggebern der öffentlichen Hand. 1 Referenz - Mindestanforderung. 06) Vollständig Erbrachte Leistungsphasen: mind. 2 bis 8. 1 Referenz - Mindestanforderung. 07) Planung mit Honorarzone II (zwei). 1 Referenz - Mindestanforderung. 08) Herstellungskosten Anlagengruppe 2 KGR 440 + KGR 556 \geq 45.000 Euro /Brutto 1 Referenz - Mindestanforderung.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10 Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Beschreibung: Analyse der Aufgabenstellung und Projektanforderungen

Gewichtung (Prozentanteil, Mittelwert): 25

Kriterium:

Art: Qualität

Beschreibung: Projektabwicklung

Gewichtung (Prozentanteil, Mittelwert): 20

Kriterium:

Art: Qualität

Beschreibung: Organisation, Qualifikation und Erfahrung - Personal

Gewichtung (Prozentanteil, Mittelwert): 25

Kriterium:

Art: Qualität

Beschreibung: Verfügbarkeit

Gewichtung (Prozentanteil, Mittelwert): 10

Kriterium:

Art: Preis

Beschreibung: Angebotsvergleichshonorar

Gewichtung (Prozentanteil, Mittelwert): 20

5.1.11 Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: DEU

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.evergabe.de/unterlagen/018c2622-b235-4cb3-92a4-48fee22fc4da/zustellweg-auswaehlen>,

5.1.12 Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.evergabe.de/unterlagen/018c2622-b235-4cb3-92a4-48fee22fc4da/zustellweg-auswaehlen>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 2024-01-08+01:00 23:59:00+01:00

Frist, bis zu der das Angebot gültig sein muss: 45 DAY

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Gemäß VgV § 56 Abs. 3 ist die Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, ist ausgeschlossen.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Datum/Uhrzeit: 2024-01-09+01:00 10:00:00+01:00

Auftragsbedingungen:

Es ist eine Geheimhaltungsvereinbarung erforderlich

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt

Zahlungen werden elektronisch geleistet

Informationen über die Überprüfungsfristen: Der Nachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 GWB unzulässig, soweit der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe. Der Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

5.1.15 Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion:

5.1.16 *Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung*

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Stadt Oelsnitz /Erzgeb.

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt: Stadt Oelsnitz/Erzgeb.

8. Organisationen

8.1 ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Beschaffungamt des BMI

Registrierungsnummer: 994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

8.1 ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadt Oelsnitz/Erzgeb.

Registrierungsnummer: keine Angabe

Postanschrift: Rathausplatz 1

Stadt: Stadt Oelsnitz/Erzgeb.

Postleitzahl: 09376

Land, Gliederung (NUTS): Erzgebirgskreis (DED42)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Bauverwaltung

E-Mail: j.richter@oelsnitz-erzgeb.de

Telefon: +49 3729838205

Fax: +49 3729838330

Internetadresse: <https://www.oelsnitz-erzgeb.com>

Profil des Erwerbers: <https://www.oelsnitz-erzgeb.com>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Federführendes Mitglied

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt

8.1 ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen

Registrierungsnummer: keine Angabe
Postanschrift: Braustraße 1
Stadt: Leipzig
Postleitzahl: 04107
Land, Gliederung (NUTS): Leipzig, Kreisfreie Stadt (DED51)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@lds.sachsen.de
Telefon: +49 3419770
Fax: +49 3419771049
Internetadresse: <https://www.lds.sachsen.de>
Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle

11. Informationen zur Bekanntmachung

11.1 Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 018c2623-6750-4f3c-ada7-5df00ec992d5 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 2023-12-01+01:00 17:33:48+01:00

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

11.2 Informationen zur Veröffentlichung

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 00737125-2023

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 234/2023

Datum der Veröffentlichung: 2023-12-05Z